

Vertriebspreis
in Württemberg M. 12.
außerh. M. 12.45
...
Gebrüder 1877.



Die 14tägige Zeit
...
Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, freudenstadt und Calw.

Nr. 140

Druck und Verlag in Altensteig.

Freitag, den 18. Juni

Wahlblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold.

1920.

Die neue Regierung?

Berlin, 17. Juni.

Die Berufung Mayers.

Die „Germania“ schreibt: Trimborn hat heute vor-
mittag nochmals mit Vertretern der Mehrheits-
sozialdemokratie verhandelt und dabei feststellen müs-
sen, daß für eine Teilnahme dieser Partei an einer Re-
gierung zurzeit keinerlei Aussicht vorhanden ist. Es
bleibt also nichts weiter übrig, als das Augenmerk auf
die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu rich-
ten. Trimborn hat in diesem Sinne dem Reichspräsi-
denten in erster Linie den Präsidenten der National-
versammlung, Fehrenbach, als Reichskanzler in Vor-
schlag gebracht, der jedoch, obgleich er allen Parteien ge-
nehm war, aus triftigen Gründen abgelehnt wurde.
Darauf hat Trimborn in Uebereinstimmung
mit Fehrenbach und unter voller Billigung der Zent-
rumfraktion, sowie des Parteivorstands, die heute eine
gemeinsame Sitzung abhielt, den deutschen Geschäft-
sträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, benannt. Die-
ser Vorschlag fand die volle Billigung des Reichs-
präsidenten, der sich seinerseits sofort telegraphisch
mit einem entsprechenden Angebot an Dr. Mayer wandte.
Dessen Antwort steht zur Stunde noch aus. Nimmt
er an, was in parlamentarischen Kreisen allgemein ge-
hofft wird, so darf man eine befriedigende Erledigung
der Trimborn'schen Mission erwarten.

Berliner Pressestimmen.

Die Inausfertigung des Abg. Dr. Mayer-Kaufmann
als Kanzler wird in den Morgenblättern im all-
gemeinen günstig besprochen. In einem Blatt wird die
Berufung um deswillen als bemerkenswert bezeichnet,
weil Dr. Mayer gar nicht der Partei angehöre, die
seinen Namen in die Waagschale der Entscheidung gewor-
fen habe. Das Zentrum habe es geschickt verstanden,
durch die Wahl eines Mannes, der früher zu den besten
und angesehensten Köpfen der Partei gehörte,
eine Brücke zu der feingliedrig abgestimmten bayerischen
Volkspartei hinüberzuschlagen.

Ueber die gerügten Verhandlungen Trimborn's tei-
len verschiedene Morgenblätter mit, daß der genannte
Zentrumsführer u. a. sich mit dem Vorsitzenden der volks-
parteilichen Reichstagsfraktion in Verbindung setzte, um
ihn zu fragen, ob er das Justizministerium zu über-
nehmen bereit sei. Dr. Heinze mochte die Annahme
von einem Beschluß seiner Partei abhängig. Diese ent-
schieden sich dann in verneinendem Sinne. Die Deut-
sche Volkspartei, so soll erklärt worden sein, nehme an der
Zusammensetzung des neuen Kabinetts nur ins-
fern Anteil, als sie Wert darauf lege, daß das Reichs-
wirtschaftsministerium mit Geheimrat Wiedfeld besetzt
werde und daß das Reichswehrministerium einem Fachmann
übertragen werde.

Die Mehrheitssozialisten hätten, dem „Berl. Lokal-
anzeiger“ zufolge, die Ausbildung dieses Kabinetts, das ver-
schiebentlich als ein solches für Spa bezeichnet wird,
angekündigt, nachdem sie die Versicherung erhielten, daß die
sozialdemokratischen Reichsbeamten im Dienst blieben.

Aus führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei er-
fährt das „Berl. Tagebl.“, daß die Partei von Dr. Trimborn
zum Eintritt in die Regierungskoalition bisher nicht
aufgefordert worden ist. Wohl aber haben Verhandlungen
über die Regierungsbildung an sich stattgefunden. Da-
bei wurde eine Uebereinstimmung erzielt, und zwar dahin,
daß die Deutsche Volkspartei nicht offiziell Minister in
Vorschlag bringen, aber durch Fachminister ihres Ver-
trauens an der Regierung beteiligt werden soll. Der
Abg. Dr. Heinze ist daraufhin von Dr. Trimborn
aufgefordert worden, das Justizministerium zu überneh-
men; er hat aber noch Aussprache mit seiner Fraktion
darauf verzichten müssen.

Vorläufige Ministerliste.

Die neue Regierung der bürgerlichen Mitte wurde
im Laufe des gestrigen Tages noch nicht gebildet, kann
aber trotzdem schon als fertig angesehen werden. Man
spricht in parlamentarischen Kreisen, dem Vorwärts zu-
folge, von folgender Liste: Reichskanzler: Dr. Mayer-
Kaufmann; Inneres: Koch; Auswärtiges: v. Ro-
ßig (früherer sächsischer Gesandter in Wien); Wirt-
schaft: Wiedfeld; Finanzen: Wirth; Schatz: v.
Siemens; Arbeit: Stegerwald; Verkehr: Göt-
ner; Reichswehr: Gehler; Justiz: Heinze. Diese
Liste kann jedoch nicht als feststehend betrachtet werden,
da ein Teil der im Ausicht genommenen Ministerkandi-
daten noch gar nicht seine Zustimmung gegeben hat. Es
handelt sich also nur um einen Plan, aus dem mindestens

einzelne Personen ausgeschlossen werden, wenn die Kan-
daten ablehnen oder sich sonst Schwierigkeiten ergeben.
Die Liste gibt also nur ein ungefähres Bild der Grund-
lage, auf der das neue Kabinett zustandekommen soll und
voraussichtlich auch zustandekommen wird. Dr. Mayer-
Kaufmann befindet sich noch nicht in Berlin, sondern in
Paris. Eine Antwort von ihm war in später Abendstunde
noch nicht eingetroffen.

Mehrheitssozialisten und Unabhängige.

Berlin, 17. Juni. Die im Reichstagsgebäude seit
Sonntag geführten unverbindlichen Besprechungen
der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen haben zu
keiner Einigung geführt. Die Unabhängigen leh-
nen ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten
auch in der Frage der Bekämpfung einer bürgerlichen
Reichsregierung im Reichstag ab.

Geschäftsträger Dr. Mayer lehnt ab.

Berlin, 17. Juni. Der deutsche Geschäftsträger in
Paris, Dr. Mayer, hat auf Anfrage des Reichspräsi-
denten, ob er bereit sei, das Amt des Reichskanzlers an-
zunehmen, unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner gegen-
wärtigen Aufgabe in Paris die Berufung abgelehnt.

Verhandlung mit Präsident Fehrenbach.

Berlin, 17. Juni. Staatssekretär Dr. Trimborn
berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über den
Fortgang seiner Verhandlungen. Der Reichspräsident
dankte Dr. Trimborn für seine Bemühungen, die, wie er
hofft, wesentlich zur Ueberrwindung der bestehenden Schwei-
rigkeiten beigetragen haben. Zurzeit verhandelt der
Reichspräsident mit dem Präsidenten der Nationalversam-
lung, Fehrenbach, wegen Uebernahme des Reichs-
kanzleramts.

Neues vom Tage.

Flensburg frei.

Berlin, 17. Juni. Gestern mittag sanken in Flens-
burg die Fahnen der vier fremden Mächte unter dem
Fabel einer großen Menschenmenge. Die französischen
Alpenjäger, die mit aufgeflossenen Bajonetten aufmar-
schiert waren, machten die Ehrenbeweisungen und Gener-
alsekretär Bruce als letzter Vertreter der Kommission schritt
mit anderen Offizieren die Front der Truppen ab. Als
die Franzosen abzogen, ertönten deutsche vaterländische
Lieder. Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht.
Am Mittag trafen der Reichsminister des Auswärtigen
und der preussische Minister des Innern ein. Sie wur-
den von den sächsl. Behörden empfangen.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident ließ gestern
dem Oberbürgermeister der Stadt Flensburg folgendes
Telegramm zugehen: Anlässlich der Rückkehr der alten
deutschen Stadt Flensburg aus der zweiten Zone zum
deutschen Mutterlande bitte ich Sie, Herr Oberbürgermei-
ster, der Bevölkerung meinen herzlichsten Glückwunsch
auszusprechen. Die unwandelbare Treue und die feste
Zuversicht der deutschen Grenzmark haben nach langen
Monaten bangen Harrens zum Erfolg geführt. Flens-
burg und die zweite Zone sind nun auf immer mit dem
deutschen Vaterlande wieder verbunden, dessen Regierung
Treue um Treue vergelten wird.

Deutsche Konsulate in Italien.

Berlin, 17. Juni. Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“
aus Rom berichtet wird, hat die italienische Regierung
die Wiederaufrichtung der deutschen Konsu-
late, auf die Deutschland nach dem Friedensvertrag
keinen Anspruch hat, zugestimmt.

Die französische „Abrüstung“.

Paris, 17. Juni. Der Armeeausschuss nahm gestern
einen Bericht Andre Lefevres über die Grundgedanken
des Plans der Neuordnung der Armee entgegen, den der
Kriegsminister einzubringen gedenkt. Der Minister er-
wähnte besonders, daß es mit Rücksicht auf die auswärtige
Lage, die noch nicht genügend gefestigt sei, nicht möglich
war, schon jetzt eine Milliardensdauer von weniger als
zwei Jahren in Aussicht zu nehmen. Andererseits ver-
breitete sich Lefevre über die Verwendung der französi-
schen Bestände im Orient, besonders in Sizilien, wobei
er Mitteilungen über die sich dort abwickelnden Opera-
tionen machte. Er brachte zur Kenntnis, daß dort gegen-
wärtig ungefähr 70 000 Mann stehen, die zum größten
Teil den Kolonialregimentern angehören.

Regierungskrise in Norwegen.

London, 17. Juni. (Davas.) Das radikale nor-
wegische Kabinett Knudsen, das seit 1913 im Amt war,
ist zurückgetreten. Das Kabinett hat erklärt, daß es die
Erhöhung des Verkehrsbudgets um 1 Million Kronen
gemäß dem Antrag der Kommission des Storting nicht
annehmen könne. Das Storting genehmigte den Kom-
missionsantrag mit 74 gegen 51 Stimmen. Die Mehrheit
bestand aus den Konservativen und den Sozialisten.
Das neue Kabinett wird wahrscheinlich von den Konser-
vativen gebildet werden mit dem Stortingpräsidenten
Halvor an der Spitze.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 17. Juni. Ein Gesandtschaftsbericht über die Ver-
handlung einzelner Kohlenbergwerke ist für den sächsi-
schen Landtag ausgearbeitet.

Berlin, 17. Juni. Das „Berl. Tageblatt“ meldet aus
Hemscheid, daß ein englisches Truppenkommando in Wer-
meloch in der Wohnung des unabhängigen Stadt-
verordneten Hackländer ein Waffenlager von etwa 200
Infanteriegewehren und zahlreichen Maschinengewehren
fand. Die englischen Truppen beschlagnahmten die Waf-
fen und verhafteten Hackländer.

Berlin, 17. Juni. Nach verschiedenen Meldungen
bestätigt es sich, daß Verhandlungen zwischen einem
russischen Konzern und einer deutschen Bank über die
Gründung einer neuen deutsch-russischen Bank schweben.

Dortmund, 17. Juni. Zum Nachfolger Severings
als Reichs- und Staatskommissar für die Industrie-
bezirke ist der mehrheitssozialistische Redakteur Meh-
lig, hier, ernannt worden.

Toulon, 17. Juni. Der Dampfer „Gul Dschemat“
ist von Konstantinopel kommend, mit der türkischen Fried-
ensdelegation an Bord in Toulon eingetroffen. Die
Delegation setzt sich aus 10 Personen zusammen, an
deren Spitze der Großwesir steht.

London, 17. Juni. (Reuters.) Bei der Erloswahl
in South wurde der unabhängige Liberale Winttingham
mit 9859 Stimmen gewählt. Turner (Koalitionsunionist)
erhielt 7854 Stimmen.

Rotterdam, 17. Juni. Amtlich wird gemeldet, Oberst
Houze gehe nicht nach Europa, um die Ver. Staaten
in Spa zu vertreten. Unter den gegenwärtigen Umstän-
den würden die Ver. Staaten wahrscheinlich nicht auf der
Konferenz vertreten sein.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 18. Juni 1920

— Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919.
Die 2. Gewinnverlosung findet am 1. Juli statt. An die
Gewinnverlosung schließt sich die erste Tilgungsauslosung
an.

— Silberstürmer. Der Evang. Oberschulrat hat
an die Gemeindeverwaltungen einen Erlaß gerichtet betr.
Entfernung der Monarchenbilder aus den Schulräumen.
Zunächst hat aber der Ortschulrat im Benehmen mit dem
Lehrerrat darüber Beschluß zu fassen.

— Die Abfindung der Kriegervitwen. Nach dem
neuen Reichsverordnungsgezet, dessen Ausführungsbestim-
mungen demnächst erscheinen, erhalten Kriegervitwen im
Falle ihrer Wiederverheiratung mit einem Deutschen an
Stelle ihrer Rente eine Abfindung in Höhe des
dreifachen Jahresbetrages der zuletzt be-
zogenen Rente. Auch Witwen, die nicht wieder he-
irateten, können Anträge auf Kapitalabfindung stel-
len. Sie erhalten dadurch eine einmalige größere Kapital-
summe zur Errichtung selbständiger Lebensberufe. Die
Kriegsversorgung fällt dadurch fort.

— Die Kirchkörner. Die Obstzeit bringt auch dies-
mal, wie alle Jahre, einen recht bemerkbaren Ueber-
stand: das Wegwerfen von Kernen, Schalen und son-
stigen Abgängen auf die Straße, auf Treppen und Hau-
stüren. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Ver-
schwendung nicht gerade von Ordnungsliebe zeugt, hat
sie noch ein weiteres, sehr gewichtiges Bedenken: Ueber-
legen sich diese fragwürdigen Ordnungs- und Sauber-
keitsmenschen denn nicht, daß sie durch ihr achtloses
Begewerten eine große Gefahr nicht nur für ihre Mit-
menschen, namentlich für alte und gebrechliche Leute,
sondern auch für sich selbst heraufbeschwören? — Leidet
schon die Jugend diese able Gewohnheit, hier soll-
ten Lehrer und Erzieher durch Besee und Beispiel, wenn
nötig durch Strafe wirken. Oder ist so etwas durch die
neue „Freiheit“ verboten?

Regold, 17. Juni. (Vom Rathaus.) In seiner letzten Sitzung befahl sich der Gemeinderat mit den Milch- und Butterpreisen, welche plötzlich um über 80% gestiegen sind. Dabei wurde die Notwendigkeit allseitig anerkannt, daß arbeitsfähigen und misderbenntelten Leuten nachgeholfen werden müsse. Die Stadt will mit M.M. Mitteln eingreifen und die zur Verteilung kommenden Leertungsbeihilfen erhöhen.

Vom Wurgtal, 16. Juni. (Kraftwagenverkehr.) Infolge ungenügender Beteiligung seitens der Wurgtalbewohner steht sich der Wurgtal-Kraftwagenbetrieb genötigt, vom 20. Juni ab den Sommerfahrplan zu ändern.

Stuttgart, 17. Juni. (Amtliches Landtagswählergebnis.) In einer Sitzung des Landtagswahl-Ausschusses im Ministerium des Innern unter Vorsitz von Regierungsrat Dr. Widmann wurde das amtliche Ergebnis der Landtagswahlen festgestellt. Änderungen von Bedeutung sind nicht zu verzeichnen. Es wurden abgegeben 1.096.286 gültige und 41.080 ungültige Stimmen. Die mehrfach gewählten Abgeordneten haben mit Ausnahme des Abg. Dr. Wolf die Wahl auf Grund der Kreiswahlvorschlagsliste angenommen. Für die Sozialdemokratie wurden abgegeben: 176.009, für die Unabhängigen 145.293, für die Bürgerpartei 102.319, für den Bauern- und Weingärtnerbund 193.671, für die Deutsche Volkspartei 37.199, für die Deutsche demokratische Partei 161.596, für das Zentrum 247.113 und für die Kommunistische Partei 33.147 Stimmen.

Stuttgart, 17. Juni. (Die Unabhängigen und die Regierungsbildung in Württemberg.) Die neue Landtagsfraktion der Unabhängigen hielt, wie der „Sozialdemokrat“ berichtet, in Gemeinschaft mit dem Landesverband ihrer erste Sitzung ab, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Die rechtssozialistische Partei, vertreten durch die Abg. Kest, Pflüger und Steinmayer, hatte schon am 9. Juni eine Aussprache mit dem Landesverband der Unabhängigen. Keil suchte, so sagt das Blatt, den Eintritt in eine bürgerlichsozialistische Koalitionsregierung mundgerecht zu machen. Die Unabhängigen gaben jedoch die Erklärung ab, daß sich ihre Partei nur an einer rein sozialistischen Regierung beteiligen könne, die aber im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Frage komme. Diese Erklärung wurde von der gesamten Fraktion und dem Landesverband der U.S.P. einhellig gebilligt. In Vorstehenden der Landtagsfraktion wurden die Abg. Kinkel und Goshka bestimmt.

Stuttgart, 17. Juni. Die Generaldirektion der Staatsbahnen teilt mit: Vom Montag, den 21. Juni 1920 an verkehren die in dem derzeitigen Fahrplan schon aufgeführten Expreszüge 62, 63, 64 und 65 und die Schnellzüge 47, 117 und 118.

Stingen, 17. Juni. (30. Verbandstag der Wirte.) Unter außerordentlich harter Beteiligung begann am Dienstag mit einer Delegiertenversammlung in Anwesenheit von 137 Bezirksvertretern der 30. Wirt-Verbandsstag. Aus dem von Verbandssekretär Zeinel vorgetragenen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Schwierigkeiten im Gastwirtsgewerbe bedeutend vermehrt haben. Der Mitgliederstand ist heute 7000 und auf 67 Bezirksvereine verteilt. Der Kassenbericht weist einen Vermögenszuwachs von 5067 M. auf, bei der Unterstützungskasse eine Zunahme von 10.525 M. und bei der Wirtzeitung einen Reingewinn von 9431 M. Die Aussprache war ausgedehnt und lebhaft und führte zu verschiedenen Beschlüssen, so u. a.: Der Verband muß verlangen, daß alle schwebenden Prozesse wegen Ueberschreitung der Weinhöchstpreise niedergeschlagen werden. Der Verbandsbeitrag wird vom 1. Juli ab von 8 auf 10 M. erhöht.

Siberach, 17. Juni. (Der Bischof über die derzeitige Lage.) Bei der Firmung in Siberach hielt Bischof Dr. Paul Wilhelm v. Keppeler von Rotenburg eine Ansprache, in der er zum Zusammenschluß aufrief in einer Zeit, wo alles wieder einer schweren Schicksalsstunde entgegengehe und wo wir nicht wissen, was die nächsten Wochen bringen werden, wo wir schauend befürchten müssen, daß neue Unruhen, neues Blutvergießen, neuer blutiger Krieg über uns hereinbrechen werden. Es könnten noch fürchterliche Zeiten kommen, ärger noch als die wir hinter uns haben. Da brauchen wir die Hilfe von oben, um unsere Pflichten zu erkennen und sie zu erfüllen.

Vermischtes.

Aufhebung des Eheverbots für Lehrerinnen? In Bayern hat sich eine Bewegung von Lehrerinnen gebildet mit dem Ziel, die Aufhebung des Eheverbots für die bayerischen Lehrerinnen zu erwirken.

Zeitungsverbot. Die „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ wurden auf 15 Tage verboten wegen der Artikel gegen die Verwendung schwarzer Truppen.

Textilmesse in Berlin. Vertreter der Berliner Handelskammer, des Magistrats und der in Betracht kommenden kaufmännischen Verbände und Firmen beschloffen, eine Textilmesse in Berlin zu veranstalten.

Deutsche Arbeit. Der französische Vizepräsident des Senats-Ausschusses für Luftschiffwesen, General Hirschauer, hat die Flugzeugkonstruktion des deutschen Professors Junker angelegentlich für Neubauten empfohlen. Diese Konstruktion sei bei seiner Bauart ganz aus Stahl und Aluminium gegenüber dem bisher üblichen Epp wesentliche Vorteile.

Beltische Rechnung. Nach einem Brüsseler Privattelegramm hat die belgische Regierung die Kosten für die belgische Teilnahme an der Verbands-Konferenzkommission auf 1 Million Franken für das Jahr geschätzt. Jetzt stellt sich aber heraus, daß 1 1/2 Millionen verbraucht werden. Man beginnt ernstlich zu zweifeln, ob Deutsch- und in der Lage sein wird, alle diese Nebenkosten, die ihm durch den Vertrag von Versailles auferlegt sind, zu tragen.

Mord. Am Sonntag wurde in Laibachberg Gem. Siegmarszell bei Lindau ein furchtbarer Mordtat verübt. Die ledige 62 Jahre alte Fährer wurde in dem Anwesen ihres Bruders erschlagen aufgefunden, das Anwesen in Brand gesetzt. Die Leiche wies schwere Wunden am Kopfe auf, konnte aber noch rechtzeitig aus dem brennenden Hause geborgen werden. Das Anwesen ist vollständig niedergebrannt.

Explosion. In der Munitionserzeugungswerkstätte Rote Mühle in Burg bei Regensburg wurden durch eine Explosion zwei Arbeiter getötet und einer schwer verletzt.

Zwischenbrot. Nach einer dem „Berl. Tagebl.“ zugegangenen Meldung aus Wien sind dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschafter in Madrid, Prinz Karl Emil zu Hohenberg, in seinem Wiener Schloß Juwelen im Werte von 6 bis 8 Millionen Kronen gestohlen worden.

Letzte Nachrichten.

W.B. Berlin, 17. Juni. Die Lage der Regierungsbildung ist noch unklar. Nach den Abhandlungen scheint sich der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, gegenüber der Anregung, die Kabinettsbildung zu übernehmen, nicht mehr unbedingt ablehnend zu verhalten. Dem „Vorwärts“ zufolge wandte sich Präsident Fehrenbach zunächst an die Demokraten und die Deutsche Volkspartei. Dasselbe Blatt verzeichnet dann noch die Meldung, wonach die Demokraten nicht abgeneigt seien, den Versuch zu machen, durch den Abgeordneten Schiffer ein Kabinettsvorhaben zu bringen. — Die „Voss. Zig.“ sagt die vorliegenden Nachrichten dahin zusammen, daß die Bildung eines auf Zentrum und Demokraten gestützten Kabinetts vorzuziehen ist, das im Herbst Antritt nach links erstreben dürfte, um sich aus der mehrheitssozialistischen Fraktion zu ergänzen. Damit würde die alte Koalition wieder hergestellt.

Wien, den nur erst rückwärts und langsam gleitenden Zug zu verlassen.

„Bleiben Sie jetzt sitzen. Auf'n Perron danach suchen geht nu nich mehr. Sie werden's wohl vorhin bei's Beitretens verloren haben. Lassen Se's man stöten gehen. Wähln auf der nächsten Haltstation en neues nehmen. Wohln wollen Se denn?“

„Stettin.“, seufzte sie resigniert.

„Also denn in Eberswalde. Köhlen Sie sich man bis dahin en bützen ab, haben 'ne geschlagene Stunde Zeit.“ Damit verschwand der gute Ratgeber.

Man lachte.

Außer Volrad sahen noch zwei ältere Herren im Abteil, die die kleine Szene ungemein erheiterte. Sie betrachteten schmunzelnd das verlegen errötende Mädchen, aber als Familienväter von mittelalterlicher Würde lag ihnen nichts daran, sich weiter mit dem niedlichen Mädel einzulassen. Man sah es ihrer stolzen Behäbigkeit an, daß sie von aussichtsloser Anstrengung nichts hielten. Nachdem sie den humoristischen Zwischenfall genugsam belacht, verschnitzten sie sich hinter einer Berliner Zeitung, die sie entschieden stärker anzog, als das in den Männerabteil hineingeworfene Mädel.

Sie hatten es auch lediglich dem jungen Herrn überlassen, die mancherlei Pakete der Dame auszusammeln und im Reih unterzubringen. Der nun wieder übte die Geschäftigkeit lediglich in selbstverständlicher Ritterschick. Als man aber aus dem Halbdunkel der Halle heraus war, hatte er auch nichts dagegen, einer, wie er nun erst sah, jungen und hübschen Dame den kleinen Dienst erweisen zu haben. Sie hatte nun zwar den schwarzen Schleier über das noch trauer hell glühende Gesicht gezogen, aber gerade der gab den anmutigen Zügen eigenartigen Reiz.

In dem ganzen Saal stand ein ernst geschlossener Bund, dessen rote Lippen aber so lieblich geschwungen waren, daß man ihm anfangs, er konnte auch herzlich lachen, ein seines Mädel, gerade so viel gebogen, um dem Gesicht etwas Bornehmes und vielleicht auch Vikantes zu geben. Darüber leuchteten große hohlebraune Augen. Nicht unternehmungslustig, noch weniger feige, wagen sie in die Welt, aber sie hatten einen linderklaren und zugleich klugen Blick, der von Herzengüte und Verstand sprach und vielleicht auch ein wenig Schelmerei in seiner Tiefe barg.

W.B. Konstantinopel, 17. Juni. Die nationalistischen Streitkräfte in den Küstengegenden des Marmara- und des Schwarzen Meeres immer weiter vor. Es scheint, daß die Inseln des Marmara-Meeres von den Anhängern Kemal's besetzt worden sind, denn der Metropolit von Merse besetzt, daß die Ortschaft in Flammen stehe. Ein an der Küste vorbeifahrender türkischer Dampfer erhielt einige Gewehrschüsse. Nachrichten aus Jung-Idal melden, daß die Stadt Derakka wegen Bedrohung durch die nationalistischen Banden Hilfe von den franz. Truppen verlangte. Eine Kompanie war nach Harakka entsandt worden, wurde aber von den Banden angefordert, nicht in die Ortschaft einzudringen. Englische Truppenkontingente, die sich in der Gegend von Smid befinden, sind verstärkt worden und treffen Maßnahmen, um jeden Angriff der nationalistischen Banden abzuwehren.

W.B. Amsterdam, 17. Juni. Die „Times“ meldet aus Teheran: Der rote revolutionäre Ausschuss von Persien meldet in einer Proklamation die Ausweisung der Russenpublik im Reich. Die persischen Bolschewisten haben in Telegrammen an die amerikanischen und die französischen Gesandtschaft die Errichtung eines roten Ausschusses und die Abschaffung der Monarchie bekannt gegeben, sowie gegen die fortdauernde Anwesenheit der engl. Truppen in Persien protestiert. Der Ausschuss beschloß ferner, alle zwischen der englischen und der persischen Regierung beschlossenen Abkommen für nichtig zu erklären.

W.B. Amsterdam, 17. Juni. „Eastern Service“ meldet aus Tokio: Mit Rücksicht auf die durch den Bürgerkrieg in China verursachte unsichere Lage hat Japan Kriegsschiffe nach China geschickt, um die japanischen Interessen zu schützen.

W.B. München, 17. Juni. Halbamtlich wird gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu ein Katastrophe auszuwachen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die franz. Besatzungsbehörde die längst vollzogene Verhaftung sozialdemokratischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnutzen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Starke Patrouillen mit Maschinengewehre durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Artweise geprüft. Bekannntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen. Die Verhängung des Besatzungsrechts über die Pfalz wird befürchtet. Am Freitag, den 18. d. Mts., mittags 12 Uhr erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz die Antwort auf ihren Protest gegen die Verhaftungen. Dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue vielleicht blutige Triumphe feiern wie fr. Zt. im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Verunft u. Menschlichkeit den Sieg davontragen.

W.B. Paris, 17. Juni. Das französische Kriegsministerium gibt bekannt, daß im Krieg auf französischer Seite 1358872 Mann gefallen sind, darunter 361854 Mann als verschwunden gemeldet.

W.B. London, 17. Juni. Der „Morning Post“ wird aus Londonderry gemeldet, daß sich am Mittwoch zwischen 200 Sinn Feinern und Anhängern der Regierung eine Schlacht abspielte, die drei Stunden dauerte. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.

Mitteilbares Wetter.

Der Hochdruck im Norden ist abgezogen. Nunmehr wird die Windrichtung mehr südlich werden. Am Samstag und Sonntag ist sommerlich warmes, aber mit Gewittern verbundenen Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.
Druck und Verlag der W. Meißner'schen Buchdruckerei, Altenfeld.

Eseletracht.

Am besten machst du gleich
Dein Ding im Anfang recht:
Nachbesserung machst oft
Halbgutes völlig schlecht.

Im Zuge der Not.

Roman von E. Dressel.

(4. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Jetzt hatte er ohne ein Wimperzucken das Bedauern oder auch Ignorieren der glänzenden Gesellschaftsfreunde über sich ergehen lassen. Allein es wurde ihm erspart. Niemand von ihnen ahnte, daß Volrad Klüden, der noch vor wenigen Monaten im eigenen Auto von Hamburg herübergefahren war, nun heimlich in eine dritte Bahnklasse schlüpfte, um sich wie ein kleiner Kommiss in den Frontdienst unter fremde Chefs zu stellen.

Kurz vor Abfahrt des Zuges, der Führer setzte bereits die Signalpfeife an die Lippen, wurde die Tür des Abteils, den Volrad innehatte, in Hast aufgerissen. Ein paar Pakete flohen ihm vor die Füße und fast auch eine Dame, die der Schaffner ziemlich formlos, so als hätte er bloß ein Kleiderbündel in den Händen, den Paketen nachschleuberte.

Während der Zug sich nun langsam in Bewegung setzte, grinste der Mann, in der offenen Tür stehend: „So, meine Dame, das wär' noch eben sesslüt, en andermal seien Sie sesslüt pünftlicher. Eigentlich häßt' ich Sie ja nich mehr mitnehmen dürfen, aber was tut man nich, um — ein paar schöner Augen willen.“ hatte er hinzusehen wollen, verschluckte jedoch den galanten Beweis vor dem zurechtweisenden Blick des Herrn, der die stolpernde Dame gestügt und ihr zugleich zu einem Sitz geholfen hatte.

„Nu bitte für Ihr Billett.“ schloß er seine galante Rede und war jetzt nur strenge Beamtenwürde.

Ihre heftig suchenden Finger fuhren in alle Taschen, ohne es zu finden. „Ich hab's doch eben noch auf dem Borschnitz vorgelegt.“ murmelte sie ratlos und machte

Bekanntmachung

des Landesfinanzamts Abteilung für direkte Steuern betreffend das Inkrafttreten der Vorschriften der §§ 45-52 des Reichseinkommensteuergesetzes.

1. Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 21. Mai d. Js. treten die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des E.St.Ges. vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn mit dem 25. Juni 1920 in Kraft.

Diese Bestimmungen lauten:

§ 45.
Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte (§ 46) des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerfen.

§ 46.
Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sich vor Beginn eines jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsorts eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und diese Steuerkarte dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einlegen und Entwerfen der Steuermarken vorzulegen.

§ 47.
Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den nach § 45 einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingelebten und entwerteten Steuermarken zu geben.

§ 48.
Der Arbeitnehmer kann die in seiner Steuerkarte und in den Steuermarken solcher Haushaltungsangehörigen, deren Einkommen ihm zuzurechnen ist, eingelebten und entwerteten Steuermarken unter Abgabe des entsprechenden Teiles der Steuerkarte (spätestens innerhalb der nächsten drei Kalendervierteljahre auf die von ihm zu entrichtende Einkommensteuer an Zahlungs Statt hingeben.

Übersteigt der Wert der nach Abs. 1 hingebenen Steuermarken den zu zahlenden Steuerbetrag, so hat das Finanzamt den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten.

§ 49.
Verlorene, unbrauchbar gewordene oder zerstörte Steuermarken werden ersetzt. Die in solchen Karten nachweisbar eingelebten und entwerteten Steuermarken werden ihrem Werte nach auf die Steuerlast angerechnet; eine bare Vorauszahlung findet in diesen Fällen nicht statt.

§ 50.
Der Arbeitgeber haftet dem Reich für die Einbehaltung und Entrichtung des im § 45 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

§ 51.
Die Vorschriften der §§ 45-50 gelten auch für die sonstigen Fälle des § 9 Nr. 1 und für die Fälle des § 9 Nr. 3 entsprechend.

§ 52.
Der Reichsminister der Finanzen kann ein von den Vorschriften der §§ 45-49 abweichendes Verfahren zulassen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.
1. Jeder Arbeitgeber hat bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des Arbeitslohns zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten.

2. Soweit die Auszahlung des Arbeitslohns aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt die auszahlende Kasse als Arbeitgeber im Sinne dieser Bestimmungen.

3. Die Einbehaltung nach Abs. 1 unterbleibt, solange der Arbeitnehmer das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

§ 2.
1. Als Arbeitslohn gilt jede in Geld oder Gelbeswert bewirkte einmalige oder wiederkehrende Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Zantien, Gratifikationen oder unter sonstiger Nennung gewährte Bezüge der in öffentlichem oder privatem Dienst angestellten oder beschäftigten Personen, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist zur Bemessung des einzubehaltenden Betrags mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohnvereinbarungen ergibt. Liegen solche Vereinbarungen nicht vor, so ist der Wert der Natural- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. Die Beiträge zur reichsgerichtlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet worden sind, können in Abzug gebracht werden, sonstige Abzüge, insbesondere für Werbungskosten, haben nicht zu erfolgen.

2. Als Arbeitslohn im Sinne des Abs. 1 gelten nicht:
- a) die auf Grund der Militärpensions- und Versorgungsgehalte bezogenen Verfallmehrunge-, Kriegs-, Lustdien-, Alters- und Tropenzulagen, Pensions- und Rentenerhöhungen, ferner die von ehemaligen Kolonialbeamten bezogenen Tropenzulagen;
 - b) sonstige Versorgungsgebühren, die auf Grund einer infolge eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden;
 - c) die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht (Reichswehr und Reichsmarine);
 - d) Bezüge aus einer Krankenversicherung;
 - e) Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspensionen und andere Bezüge für frühere Dienst-

leistung oder Berufstätigkeit, wenn ihr Jahresbetrag 1500 M. nicht übersteigt; die Vorschrift des § 1 findet jedoch Anwendung auf Bezüge dieser Art, welche aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, sofern der Bezüher im Inland seinen Wohnsitz und seinen dauernden Aufenthalt hat.

3. Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden; in allen übrigen Fällen ist der einzubehaltende Betrag auf volle 10 Pfg. nach unten abzurunden.

II. Einzahlung des einbehaltenen Betrags durch Steuermarken.

§ 3.
1. Jeder Arbeitnehmer hat sich für das Rechnungsjahr 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte (Muster 1) ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Reicht eine Steuerkarte für die während eines Rechnungsjahres einzulebenden Steuermarken nicht aus, so hat der Arbeitnehmer rechtzeitig für die Ausstellung einer neuen Steuerkarte durch die Gemeindebehörde Sorge zu tragen.

2. Die Vorbereste der Steuerkarte ist auf Grund der Angaben des Arbeitnehmers von der ausstellenden Behörde auszufüllen. Alle weiteren Einträge haben nach Maßgabe des Vorbetrags durch den Arbeitgeber zu erfolgen, soweit sie nicht ausdrücklich für Einträge der Steuerbehörde vorbehalten sind.

3. Die Ausstellung der Steuerkarten kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch Arbeitgebern überlassen werden.

4. Arbeitnehmern, welche das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Steuerkarten nicht auszustellen.

§ 4.
1. Für den gemäß § 1 und 2 Abs. 3 einbehaltenen Betrag hat der Arbeitgeber Steuermarken bei der Auszahlung des Arbeitslohns in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulegen und zu entwerfen.

2. Die Steuermarken werden bei den Postanstalten zum Verkauf gestellt.

3. Die Steuermarken sind in die dafür vorgesehenen Spalten der Steuerkarte derart einzulegen, daß für jede Lohnzahlung eine neue Spalte begonnen wird; auf jeder Marke ist der Tag der Verwendung, und zwar der Tag und das Jahr in arabischen Zahlen, der Monat mit Buchstaben niederzuschreiben. Der Gebrauch von Datumstempeln mit chemischer Tinte ist gestattet. Allgemein übliche und verständliche Abkürzungen der Monatsbezeichnungen mit Buchstaben, sowie die Weglassung der beiden ersten Zahlen der Jahresbezeichnung (z. B. 29. Okt. 20; 15. Sept. 25) sind zulässig. Auch ist gestattet, dem Verwendungsorte die Firma oder den Namen des Verwendenden ganz oder teilweise zuzufügen.

4. Nach jedem Einlegen von Steuermarken hat der Arbeitgeber den Wert der jeweils eingelebten Marken in die dafür vorgesehene Spalte der Steuerkarte einzutragen; ist eine Seite mit Steuermarken gefüllt, so hat jeweils der letzte Arbeitgeber an der dafür vorgesehenen Stelle den Gesamtwert der auf der Seite eingelebten Marken einzutragen und die Richtigkeit des Eintrags durch Unterschrift zu bescheinigen.

5. Das Finanzamt kann auf Antrag einzelnen Arbeitgebern gestatten, daß sie für ständig bei ihnen beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahrs — spätestens jedoch beim Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Dienstverhältnis — für den während des entsprechenden Zeitraums einbehaltenen Betrag entwerfen und in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einlegen.

§ 5.
Beht der Arbeitnehmer bei einer Lohnzahlung dem Arbeitgeber die Steuerkarte nicht vor, so hat der Arbeitgeber Steuermarken in Höhe des einbehaltenen Betrags zu entwerfen und für den Arbeitnehmer aufzubewahren, bis dieser seine Steuerkarte vorlegt.

§ 6.
Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf dessen Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingelebten und entwerteten Steuermarken zu geben.

§ 7.
1. Eine Anrechnung der im Rechnungsjahr 1920 in die Steuerkarte eines Arbeitnehmers eingelebten Steuermarken auf die von diesem für das Rechnungsjahr 1920 zu entrichtende Einkommensteuer findet erst nach der endgültigen, nach Ablauf des Kalenderjahrs 1920 vorzunehmenden Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt, es sei denn, daß dem Arbeitnehmer ein Steueransforderscheibchen über die für das Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer zugegangen ist.

2. Eine bare Erstattung der im Rechnungsjahr 1920 über die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer hinaus einbehaltenen Beträge findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt.

3. Der Erlaß der Bestimmungen über die erst nach endgültiger Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 vorzunehmende Anrechnung und Erstattung einbehaltenen Beträge bleibt vorbehalten.

III. Unmittelbare Einzahlung des einbehaltenen Betrags bei der Steuerbehörde.

§ 12.
1. Das Landesfinanzamt kann auf Antrag des Arbeitgebers zulassen, daß eine Verwendung von Steuermarken unterbleibt und daß die Einzahlung des nach § 1 und § 2 Abs. 3 einbehaltenen Betrags durch den Arbeitgeber in bar

oder durch Ueberweisung auf das Post- oder Bankkonto bei der Steuerbehörde erfolgt, die für die Entrichtung der von dem Arbeitnehmer zu entrichtenden Einkommensteuer zuständig ist.

2. Das Landesfinanzamt kann die ihm nach Abs. 1 zustehende Befugnis den Finanzämtern übertragen.

§ 17.
Der Arbeitgeber haftet dem Reich für die Einbehaltung und Entrichtung des im § 1 bestimmten Betrags neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner.

3. Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines andern nicht gerechtfertigte Steuerurteile erschleicht oder vorsätzlich bewirkt, daß Steuereinnahmen verkürzt werden, wird nach § 359 R.A.O. in Verb. mit § 53 des E.St.G. mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis erkannt werden.

Wer fahrlässig als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß Steuereinnahmen verkürzt oder Steuervorteile zu Unrecht gewährt oder belassen werden, wird nach § 367 R.A.O. wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe.

4. Die vorstehenden Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn (oben Ziff. 2) enthalten verschiedene Abweichungen von dem in der Steuerkarte abgedruckten Auszug. Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

- a) Die Einbehaltung des Arbeitslohns unterbleibt, solange der Arbeitnehmer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. (§ 1 Abs. 3).
- b) Als Arbeitslohn im Sinne des § 2 der Bestimmungen gelten nicht nur wiederkehrende, sondern auch einmalige Vergütungen für Arbeitsleistungen (§ 2 Abs. 1). Als Arbeitslohn gelten nicht: Lustdienzulagen und die Tropenzulagen der ehemaligen Kolonialbeamten, die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht (Reichswehr und Reichsmarine) (§ 2 Abs. 2).
- c) Die Ausstellung der Steuerkarten kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch Arbeitgebern überlassen werden. Arbeitnehmer, welche das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Steuerkarten nicht auszustellen. (§ 3 Abs. 3 und 4).
- d) Die Steuermarken werden nur von den Postanstalten, nicht auch bei den Finanzämtern, zum Verkauf gestellt (§ 4 Abs. 2).

Das Finanzamt kann auf Antrag einzelnen Arbeitgebern gestatten, daß sie für ständig bei ihnen beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahrs — spätestens jedoch beim Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Dienstverhältnis — für den während des entsprechenden Zeitraums einbehaltenen Betrag entwerfen und in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einlegen. (§ 4 Abs. 5.)

e) Eine bare Erstattung der im Rechnungsjahr 1920 über die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer hinaus vorbehaltenen Beträge findet erst nach der endgültigen Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt (§ 7 Abs. 2).

5. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, sich mit den Bestimmungen über den Abzug der Einkommensteuer am Arbeitslohn aufs genaueste vertraut zu machen und sie aufs sorgfältigste zu beachten.

Stuttgart, den 14. Juni 1920.

(gez.): Bosler.

Altensteig.

Gindünstgläser

sowie beste Summringe (Friedensqualität)
empfiehlt in reicher Auswahl sehr billig

Lorenz Luz jr., Altensteig
Telefon Nr. 46.

Leistungsfäh. Wirt. Versand-Geschäft der Warenbranche (Fabriklager)

zum Verkauf seiner Artikel an Privatumschlag

tüchtigen fleißigen Vertreter

gegen hohe Provision. Leichtster Verdienst. Auch für Beamte, Lehrer etc. geeignet, da Broschürenkenntnisse nicht unbedingt erforderlich. Angebote unter Mitteilung der Lebensverhältnisse erbeten unter S. T. 4604 an Rudolf Woffe, Stuttgart.

Antilcher Taschenfahrplan (Sommerfahrplan)

ist zu haben in der
W. Rieder'schen Buchhandlung, Altensteig.





Altensteig-Stadt.

Am Sonntag, den 20. Juni ds. Js.

findet hier eine

Krieger-Begrüßungsfeier mit Blumentag*)

statt.

Hiezu werden die Kriegsteilnehmer mit ihren Angehörigen und die übrigen hiesigen Einwohner herzlich eingeladen.

Den 17. Juni 1920.

F. d. Gemeinderat:
Stadtschultheiß Welker.

PROGRAMM:

- Nachm. 2 Uhr
1. Sammlung beim unteren Schulhaus;
 2. Festzug zum Stadtgarten (Poststraße, Kaufhausbrücke, Rosenst., Sternbrücke);
 3. Begrüßungschor (Liederkranz): „Das ist der Tag des Herrn“;
 4. Begrüßungsansprache;
 5. Gemeinsamer Gesang: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“;
 6. Musikvorträge (Städt. Musikkapelle);
 7. Festrede;
 8. Abwechslungsweise Musik- und Gesangsvorträge (Städt. Musikkapelle, Liederkranz, Gemischter Chor);
- Von nachm. 4 Uhr ab
9. Ausstellung der Pläne und des Modells für das auf dem Schloßberg zu errichtende Kriegergedächtnismal in der Turnhalle;
- Von Nm. 4 bis 5 1/2 Uhr
10. Dasselbst Aushändigung der Ehrengabe der Stadt an die hiesigen Kriegsteilnehmer;
- Abds. 7 Uhr
11. Rückmarsch zum unteren Schulhaus;
- Von 8 Uhr ab
12. Unterhaltungsabend im Gasthaus zum Grünen Baum unter Mitwirkung der Städt. Musikkapelle, des Liederkranzes, des gemischten Chors und des Löwenquartetts.

Infolge Raum Mangels können zu dem Unterhaltungsabend junge Leute unter 16 Jahren nicht zugelassen werden.

*) Der Ertrag des Blumentags ist für die hiesigen Kriegerwaisen bestimmt.

Altensteig-Stadt.

Bei der nächsten Sonntag stattfindenden

Kriegerbegrüßungsfeier

soll den hiesigen Kriegsteilnehmern — Feld und Garnison — die während dem Krieg von hier aus zum Heere einberufen wurden oder bei Kriegsschluss hier wohnhaft waren usw. aus der Stadtkasse eine Festgabe ausbezahlt werden.

Die Ausweise zur Empfangnahme dieser Festgabe werden heute und morgen ausgegeben.

Sollte ein Kriegsteilnehmer, welcher glaubt, Anspruch auf die Festgabe zu haben, keinen Ausweis erhalten, der wolle dies der Stadtpflege morgen Samstag oder am nächsten Montag, nicht aber am Sonntag, der Stadtpflege mitteilen.

Stadtpflege.

Zu

Dekorationszwecken

empfiehlt farbiges

Glanzpapier

die

W. Nieker'sche Buchh.

Altensteig.

Altensteig-Stadt.

Freiwillige Feuerwehr.

Die Freiwillige Feuerwehr beteiligt sich an der nächsten Sonntag stattfindenden

Krieger-Begrüßungsfeier.

Sämtliche nicht ausmarschirten Mitglieder werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen.

Antreten präzis 7 1/2 Uhr.
Den 18. Juni 1920.

Das Kommando.

Kriegerverein Altensteig.



Der Verein beteiligt sich bei der am Sonntag stattfindenden Krieger-Begrüßungsfeier am Festzug. Sammlung präzis 7 1/2 Uhr beim Lokal. Vereinsabzeichen und Orden sind anzulegen. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Der Ausschuß.

Bereitschafts- Dienst

am nächsten Sonntag

Dr. Rich. Vogel
beim Waldhorn
Telefon Nr. 12.

Altensteig.

Gute

Haus-Mühlen

(sogen. Wandanschraubmühlen) mit Holzgehäuse u. hartem Gußstahlwerk, zum Mahlen u. Schrotten aller Körner und Hülsenfrüchte, Kaffee etc. für Handbetrieb, gute räumungshalber zu M. 18.— per Stück ab.

C. W. Luz Nachf.
Freig. Bühler jr.

Bitte um Rückgabe
meiner beiden im letzten Herbst entliehenen, mit Namen versehenen Schüttelgabeln.

Sohs. Joller.

Altensteig.

Einen fleißigen

Knecht

für Haus und Landwirtschaft sucht sofort oder in 14 Tagen
Dieterle z. Stern.

Altensteig.

Pferde-Schwämme

Tafel-

Gefächts-

in großer Auswahl bei
J. Wurster.

Simmersfeld.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer lieben Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Katharine Wurster
geb. Dittus

für die vielen Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sagt herzlich Dank im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Gatte

Sohs. Wurster, Metzger.

Vor Sonntag den 20. Juni ab steht in meinen Stallungen in Rezingen ein großer Transport

Arbeits- Pferde

sowie erstklassige

jährige und Saug-Fohlen
(belgischer Schlag)

und lade Kaufliebhaber höflich ein.

Max Lemberger

Rezingen, Telefon Nr. 19.

Altensteig.

Empfehle mein wieder sehr reichhaltig sortiertes Lager in

Porzellan-, Glas- u. Steingut-Waren:

Wasch-Garnituren, 4- und 5-teilig
Kaffee-Service, 9- und 15-teilig
in großer Auswahl

Hübsche moderne Dekor

Fleischplatten, glatt und gerippt
Salatiers, viereckig, „ „ „ „

Gumpen, glatt, rund

Gumpen, braun und innen weiß

Sahlschüsseln, weiß und farbig

Teller, tief und flach

Teller, Dessert

Tassen, weiß, farbig und mit Unterteller

Wirtschaftsgläser mit Henkel

Weingläser und Wein-Bouteillen

Flaschen, grün, mit und ohne Patent

Schmalzkräusen, Mokka Krüge

Suppenkrüge, mit und ohne Patent

Eindunst-Gläser „Ker“

in sämtlichen Größen

sowie in rote Sammlringe

bei

billigsten Preisnotierungen.

Chr. Burghard jr.